

Kürzungen bei den Rentnern und Rentnerinnen

Steuergeschenke für die Lebensversicherer

Am 6. November 2003, gerade mal 5 Tage nachdem über 100.000 Menschen gegen die Politik des sozialen Kahlschlags in Berlin demonstriert hatten, beschließt der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von SPD und den Grünen die Kürzung der Renten für die jetzige und die zukünftigen Rentnergenerationen. Konkret wurde beschlossen:

- RentnerInnen müssen ab dem 1. April 2004 den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung bezahlen. Bisher war nur die Hälfte des Beitrages von 1,7 Prozent von den RentnerInnen zu tragen. Die Regelung bedeutet faktisch eine Kürzung der Rente um 0,85 Prozent.
- Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 wird ausgesetzt. Das wird dazu führen, dass es im Jahr 2004 nicht einmal einen Inflationsausgleich geben wird. Real (bezogen auf die Kaufkraft) wird die Rente durch diese Regelung um mindestens 1 Prozent gesenkt.
- Der Auszahlungstermin der Rente bei „NeurentnerInnen“ soll ab dem 1. April 2004 auf das Monatsende verschoben werden. Mit diesem Trick sollen den Rentenversicherten jährlich knapp 750 Millionen Euro vorenthalten werden. Diese Regelung muss allerdings noch den Bundesrat passieren. Alle anderen Regelungen sind seit dem 6. November rechtsgültig.
- Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung wird von 50 auf 20 Prozent einer Monatsausgabe der gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt.

Damit nicht genug. Das Bundeskabinett beschloss am 19. Oktober noch weitere Maßnahmen. Sie sollen in den nächsten Monaten als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht werden:

- Ab 2005 soll ein sogenannter Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt werden. Demnach wird bei der (so sie dann überhaupt stattfindet) jährlichen Rentenanpassung das Verhältnis von Erwerbstätigen und LeistungsempfängerInnen berücksichtigt. Praktisch bedeutet das, dass steigende Erwerbslosen- und RentnerInnenzahlen durch ausbleibenden Inflationsausgleich zu regelmäßigen Kaufkraftverlusten bei RentnerInnen führen wird. Auch für die Jahre 2005 bis 2007 werden die Rentenanpassungen nur mit dem Mikroskop zu entdecken sein. Angepeilt wird von Politik und Wirtschaft die Absenkung des Bruttorenteniveaus auf ca. 38 Prozent.
- Das frühestmögliche Renteneintrittsalter nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit soll auf das 63. Lebensjahr angehoben werden. Diese Regelung soll ab dem Jahr 2006 greifen. Demnach soll, von 2006 bis 2008, das mögliche Eintrittsalter schrittweise von 60 auf 63 Jahre erhöht werden.
- Zeiten der schulischen Ausbildung sollen mit Übergangsfristen ab dem Jahr 2005 nicht mehr für die Höhe der Rente angerechnet werden. Bisher werden 3 Jahre schulischer Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr anrechnet. Mit dieser Regelung verliert ein abhängig Beschäftigter, mit einer dreijährigen schulischen Ausbildung, mit einem Schlag 58,80 Euro monatlichen Rentenanspruch.

Die ursprünglich angekündigte schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 ab dem Jahre 2011 wurde nicht beschlossen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit soll, nach Meinung der Parteien, auf jeden Fall kommen. Doch um die Stimmung beim arbeitenden Volk nicht noch weiter in den Keller zu treiben, soll das entsprechende Gesetz erst im Jahr 2010 verabschiedet werden. Soweit erst einmal die Liste der beschlossenen Rentenkürzungen.



Gemeinsam gegen Sozialabbau

Die Kürzungen treffen aber nicht nur die jetzigen Rentner und RentnerInnen. Betroffen sind alle diejenigen, die abhängig beschäftigt und im Alter auf die Rente angewiesen sind. Dies sollte nicht vergessen werden. Politik und Wirtschaft setzen auf die Spaltung der Betroffenen: Sie versuchen Arbeitende gegen RentnerInnen, RentnerInnen gegen BürgerInnen aus dem Osten, Arbeitende gegen Erwerbslose usw. auszuspielen.

Die sogenannten Reformen der Bundesregierung treffen alle - mit Ausnahme der Besitzenden. Egal ob Renten-, Gesundheits- oder Hartzgesetzte: Es sind die Lebensbedingungen aller gegenwärtigen

oder früheren abhängig Beschäftigten, die massiv verschlechtert werden. Egal ob Eigenanteile bei der Krankenbehandlung erhöht, ob private Versicherungen für Zahnersatz eingeführt, ob ArbeitslosenhilfeempfängerInnen zu SozialhilfeempfängerInnen gemacht werden, ob Erwerbslose zu Billiglohnjobs gezwungen, ob Rentenansprüche gekürzt werden ..., betroffen sind immer die Gleichen. Der Sozialabbau kann von den Betroffenen nur gemeinsam verhindert werden.

Steuergeschenke für die Einen - Kürzungen für die Anderen

Als Argument für die Kürzungen müssen immer wieder die angeblich leeren Kassen herhalten. Aber wie es scheint sind die Kassen nur für manche leer:

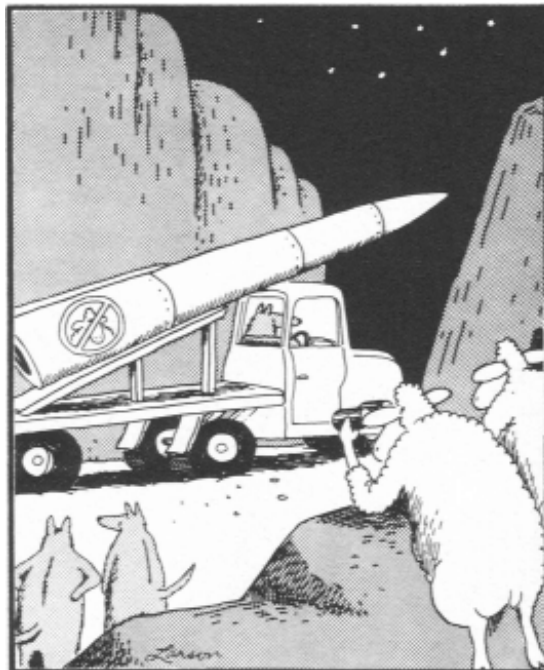
Am 17. Oktober, an dem Tag, an dem die Hartzgesetze den Bundestag, die „Gesundheitsreform“ den Bundesrat passierten, zwei Tage bevor die Bundesregierung dem Volk die nun teilweise verabschiedete Rentenreform verkündete, wurde in aller Stille ein weiteres Gesetz verabschiedet.

Dieses betraf allerdings nicht das gemeine Volk. Beglückt im wahrsten Sinne des Wortes wurde die „3. Säule der Altersvorsorge“, die Versicherungskonzerne. Diese, uns von PolitikerInnen immer wieder als geniale Altersvorsorge verkauften Lebensversicherungen sind nämlich gewaltig ins Wanken geraten. In den letzten Jahren hatten die Lebensversicherer mal eben locker 100 Milliarden an Versicherungsbeiträgen an der Börse verzockt. Einige Versicherer standen bzw. stehen deshalb vor der Pleite. Dies wurde mit tatkräftiger Unterstützung des Finanzministeriums verschleiert. Gibt es doch keine Verpflichtung für Lebensversicherer einem Sicherungsfond beizutreten - sprich im Falle einer Pleite würden die Versicherten in vielen Fällen komplett in die Röhre gucken.

Da eine wankende „3. Säule“ nun gar nicht in die Sozialversicherungs-Privatisierungspläne von Parteien und Regierung passt, war am 17. Oktober spontan wieder Geld da. Zwar nicht für RentnerInnen, Erwerbslose oder Kranke, nein Geschenke gab es für die Versicherungskonzerne. Diese wurden nämlich, durch die am 17. Oktober verabschiedete Unternehmensteuerreform, mit 5,6 Milliarden Euro Steuersenkung für das Jahr 2003 beschenkt. - Wir erinnern uns, zwei Tage später hatte die Regierung wieder mal kein Geld - allerdings für die RentnerInnen.

Geld gibt's wohl genug. Darum verzichtet die Regierung ja auch bereitwillig auf die Vermögenssteuer, den Spitzensteuern für Reiche ... Was auf der einen Seite verschenkt wird, soll eben über den Sozialabbau bei den anderen wieder hereingeholt werden.

Es wird Zeit dieser Politik ein Ende zu setzen. Da die Parteien im großen und ganzen einer Meinung sind, hilft nur breiter öffentlicher Protest. Die Berliner Demonstration war nur der Anfang. Je mehr Menschen sich an den Protesten beteiligen, um so größer ist die Chance, Agenda 2010 zu verhindern bzw. die Rücknahme der Beschlüsse durchzusetzen. Beteiligt euch an den Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Agenda 2010.



Randy und Mark dämmerte es langsam, daß die Wölfe nichts Gutes im Schilde führten.

Schluss mit der Sozialabbau-Politik!

Menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle!

Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns unterstützen möchte.

Kontakt: genug ist genug, c/o Provinzbuchladen, Hämelingerstr. 22, 32052 Herford

Tel.: 0174-5619589, email: kontakt@genugistgenug.net, <http://www.genugistgenug.net>